

Abonnement für Stettin monatlich 50 Pfennige,
mit Trägerlohn 70 Pfennige, auf der Post vierteljährlich 2 Mark,
mit Landbriefträgergeld 2 Mark 50 Pfennige.

Insertate: Die 4spaltige Petitzeile 15 Pfennige.
Redaktion, Druck und Verlag von R. Graßmann
Stettin, Kirchplatz Nr. 3.

Stettiner Zeitung.

Morgen-Ausgabe.

Donnerstag, den 1. April 1880.

Nr. 151.

Deutschland.

Berlin, 31. März. Ueber die Auflösung des Jesuitenordens in Frankreich schreibt die „Liberation“:

„In den gestern im „Journal officiel“ veröffentlichten Dekreten hinsichtlich der nicht autorisierten Kongregationen ist der „Kulturkampf“ jenseit der Vogesen in aller Form eröffnet. Das Kabinett Freycinet-Berry hat damit zugleich den 9. März d. J. von der Senatmajorsität anlässlich der Ablehnung des „Jesuitenparagraphe“ hingeworfenen Fehdehandschuh aufgenommen und seine damalige Ankündigung bewahrheitet, es werde nöthigenfalls von der noch bestehenden Gesetzgebung vollen Gebrauch machen. Worauf man gespannt sein muß, das ist die Ausführung der jetzt publizierten Dekrete. Werden die radikalen Journale Recht behalten, welche in dem Vergehen der Regierung so lange einen Schlag ins Wasser erblickten, als dieselbe nicht zugleich die Ausweisung der Jesuiten und ihrer verwandten Kongregationen ins Werk setzte, wird es der Regierung auch mit den jetzt gewählten Vertheidigungsgewaffen gelingen, des Gegners Herr zu werden?“

Die Journale, welche sich stets als gewandte Taktiker erwiesen haben, so oft es gegolten hat, im Kampfe mit der Staatsgewalt derselben ein Paroli zu bieten, werden nächst nicht ermannen, mit den üblichen Kunstgriffen, den Thatsachen zu verschleiern, indem sie durch Scheinverträge unter ihre vom Gehege ins Auge gefassten Etablissements in sichere Hände bringen. Ihre Position ergibt sich aber auch durch eine gewisse Stütze, daß sie auf „ihre guten Freunde“ im Senate, einschließlich der Doktrinaire vom Schlage Jules Simon's und Laboulaye's mit voller Sicherheit zählen können. So erscheint denn in der That die Möglichkeit nicht ausgeschlossen, daß die Jesuiten gegen die Regierung den „Schutz der Gehege“ oder vielmehr den Schutz der „Magisbatur“ anrufen. Gilt doch die letztere mit „Ius“ als kirchlichen Anwendungen zugänglich, so daß gerade die „Purifikation“ des Richterpersonals im Hinblick auf die gegenwärtig sich vollziehenden Vorgänge ein hauptsächliches Defizit der Republikaner der vorgerichteten Parteigattungen gewesen ist. Alle bezüglichlichen Verstärkungen der Majorität der Deputiertenkammer sind jedoch bisher an dem entgegengekehrten Willen des Senates gescheitert, in welchem einer der Wortführer der Dissidenten des linken Centrum, Herr Dufaure, noch unlängst bei der Diskussion über die Unterrichtsvorlage mit Nachdruck für die Aufrechterhaltung der Unabsperrbarkeit der Richter sich ausgesprochen hat.

Wollte die Regierung Jules Greys es auf die Rechtsprechung der Tribunale ankommen lassen, so könnte sie eigenthümliche Erfahrungen machen. Es entsteht nun die Frage, ob dieselbe in der Lage ist, lediglich auf dem Verwaltungsweg ihre jüngsten Verordnungen und durch Erhebung von Kompetenzkonflikten gegen die ordentlichen Gerichte durchzuführen. Gelangt die Sache vor den Staatsrath, so hat das Gouvernement weniger zu besorgen, da der „Säuberungsprozeß“ in dieser Körperschaft seiner Zeit in vollem Maße stattgefunden hat. Das Kabinett Freycinet muß darauf gefaßt sein, dem hartnäckigsten Widerstand zu begegnen. Neben einem legalen Schiedsgericht, für welches sie bereits ein aus Mitgliedern des Senates und der Deputiertenkammer bestehendes „Schlichtungsgremium“ organisirt haben, werden sie auch den noch geschäftlichen verdeckten Kampf gegen die Regierung führen, die andererseits bei dem leichten Einfließen, bei dem geringsten Symptom der Schwäche Versuche macht, es mit den fortgeschrittenen Republikanern zu verberben. Der von Gambetta längst angekündigte „Machtentzug“ gegen den Klerikalismus birgt hier allen Umständen so mannigfache Gefahren, daß die republikanischen Institutionen hier ihre Feuerspritze zu befehlen haben werden.

Die neben den Jesuiten durch die gestern publizierten Dekrete betroffenen Kongregationen werden bekanntlich aufgefordert, die ihnen noch anhängende staatliche Genehmigung nachzusuchen, wobei sie gleichfalls für aufgeführt erklärt werden. Auch hier wird es wesentlich sein, die Energie der Regierung abzuwarten, in wie weit sie die Machtbefugnisse der Staatsgewalt zu wahrnehmen vermag. Erklärt doch bereits, wie unser Pariser Korrespondent telegraphisch mittheilt, die „Klerikale Presse“, daß keine einzige dieser Kongregationen die nurmehr vorge-

schrriebene Autorisation nachsuchen würde. Es bleibt abzuwarten, ob diese offene Drohung, den Verordnungen der Regierung Widerstand zu leisten, völlig ernsthaft gemeint ist. Dürfte man den Versicherungen der Eiferer Glauben schenken, so wäre im Klerikalen Feldlager so viel Zündstoff aufgehäuft, daß die Explosion nicht mehr lange auf sich warten lassen kann.

Wir haben in Deutschland die Taktik der Jesuiten kennen gelernt, welche nach dem Jesuitengesetz in ihr Schluß, das Schicksal der gesamten katholischen Kirche in Deutschland herbeizuziehen mit Erfolg unternahmen. Nichtsdestoweniger wird sich der Kirchenfrieden über ihre Köpfe hinweg schließen. Aufeinander wird in Frankreich ein ähnliches Verhalten angestrebt; die nicht unmittelbar betroffenen Kongregationen sollen bewogen werden, den Widerstand für die Jesuiten zu übernehmen. Gelingt ihnen dies, so treiben sie die Regierung gerade so von Schritt zu Schritt weiter, wie dies in Deutschland der Fall gewesen ist. Die französische Regierung wird sich klar gemacht haben, ehe sie den ersten Schritt gethan, daß es bei diesem schwerlich bleiben wird. Sie muß nach aller Voraussicht entweder zurück oder vorwärts.

— Aus Bukarest, 30. März, meldet „D. T. B.“:

Fürst Alexander von Bulgarien ist heute Nachmittag von hier nach Sofia abgereist. Damit ist der Zeitpunkt unmittelbar bevorstehend, wo nach dem im Voraus getroffenen Dispositionen die nach der Auflösung neu gewählte Nationalversammlung eröffnet werden wird. Nach einem Aufsatze im Telegramm ist dazu Sonntag, der 4. April, in Aussicht genommen. Das Ministerium Clement hat bereits das Programm veröffentlicht, welches der Nationalversammlung zur Begutachtung und Genehmigung vorzulegen wird: dasselbe zeichnet sich mehr durch liberale Prinzipien als durch seine Ausführbarkeit in Bulgarien aus.

„Das Ministerium verspricht, die Verfassung heilig zu halten, die von der Nationalversammlung beschlossen und vom Fürsten sanktionierten Gesetze streng zu beobachten und jeder Behörde in der gesetzlich vollzogenen ihre Amtswirksamkeit die unabhängige und vollständige Freiheit zu überlassen. Die Gerichte werden völlig unabhängig von der Verwaltung gestellt, die Wirksamkeit der letzteren soll sich nur beschränken auf die Aufrechterhaltung der bürgerlichen Ordnung, auf die Sorge für die Sicherung der persönlichen Freiheit, auf die Vorbeugung öffentlichen und privaten Unglücks und Elends und in der Heranbildung und Eignung der Gemeinden zur Selbstverwaltung, welche sie gesetzlich erhalten werden. Das Ministerium wird dafür Sorge tragen, daß allen Bürgern ohne Unterschied des Glaubens, der Nationalität und des Standes das Leben, die Ehre und das Eigentum, sowie die Ausübung der bürgerlichen und politischen Rechte vollständig gesichert werden und daß kein Unterschied vor dem Gesetze stattfindet. Die Beamten werden vor der Willkür ihrer Vorgesetzten gesichert und keiner wird ohne einen vorhergehenden richterlichen Urtheilspruch, außer bei erwiesener Unfähigkeit oder Trägheit, abgesetzt, ohne je mehr einen Staatsdienst zu erfüllen. Die Gerichte werden reorganisiert und durch Friedensgerichte vervollständigt werden. Die Rechte und die Privilegien des Fürsten sowie die Rechte der gegebenen Gewalt bleiben ein Privilegium, welches das Ministerium hochschätzen wird. Der Nationalversammlung wird die Möglichkeit geboten werden, die notwendigen Erleichterungen betreffs der Einhebung der Steuern zu beschließen. Bezüglich der äußeren Politik wird das Ministerium den internationalen Verträgen treu bleiben und wird sich bemühen, die Freundschaft der Großmächte und der nachbarlichen Regierungen zu gewinnen und zu erhalten.“

Wenn man den darüber umlaufenden Mittheilungen Glauben schenken darf, werden die Zweifeln an der Ausführbarkeit nicht am wenigsten vom Fürsten Alexander selber getheilt, der Fürst und sein Vater, der Prinz Alexander von Hessen, haben die verschiedenen Höfe, zu denen sie Beziehungen unterhalten, schriftlich und mündlich auf die Unhaltbarkeit der bulgarischen Zustände unter der gegenwärtigen Verfassung hingewiesen. Es soll dabei nicht an der Andeutung gefehlt haben, daß der russische Generalgouverneur Fürst Dondulow-Korsakow, welcher bekanntlich eine Zeit lang sich selber darauf Rechnung gemacht hatte, den bulgarischen

Fürstenthron zu besteigen, die bulgarische Verfassung abschichtlich in einer Form, die das Regieren damit fast zu einer Unmöglichkeit mache, habe zu Stande kommen lassen um dem ersten Fürsten von Bulgarien das Leben möglichst sauer zu machen und den Entschluß zur Abdankung ihm nahezu legen. Und die in Bulgarien zurückgebliebenen russischen Civil- und Militärbeamten sollen durch ihre Haltung nicht gerade dazu beitragen, dem Fürsten das Regieren zu erleichtern. Der „Times“ wird in dieser Hinsicht aus Wien geschrieben:

„Es scheint jetzt, daß Fürst Alexander mit seiner Reise nach Petersburg nicht allein die Beilegung jener Schwierigkeiten im Auge gehabt hatte, welche sich auf seine Konflikte mit der Fortschrittspartei beziehen. Obgleich er vollkommen die Vortheile anerkennt, welche ihm aus der Anwesenheit und Kooperation der ihm zur Verfügung gestellten geschulten russischen Civil- und Militärbeamten erwachsen, so findet er doch, daß dieselben ihm in der Behauptung seiner Autorität im Fürstenthum hinderlich sind. Da diese Beamten die besten Stellen einnehmen, so erregen sie die Eifersucht der Eingebornen. Sie sind überdies nicht gerade leicht zu kontrolliren. Obgleich der größte Theil derselben nominell Bulgaren geworden sind, bilden sie doch eine geschlossene Körperschaft und gehorchen ohne Rücksicht auf Bindungen ihren unmittelbaren Vorgesetzten. Statt daher den Bringen in seiner schwierigen Stellung zu unterstützen, erschweren sie ihm dieselbe. Welche offizielle Stellung sie auch behaupten mögen, werden sie vom Volke stets als die Vertreter Auslands — der Macht, welche Bulgarien gesessen hat — und als die Vertheiliger seiner Wünsche betrachtet. Jedes abschließliche und zufällige Wort, welches sie fallen lassen, wird als der Ausdruck der Wünsche Russlands betrachtet; noch mehr bezieht sich dies natürlichweise auf ihre Handlungen. Einige derselben scheinen sich in dieser Hinsicht nicht gerade sehr distanzirt zu verhalten. Insbesondere im Falle eines offenen Bruchs zwischen dem Fürsten und der Fortschrittspartei — von welcher angenommen wird, daß sie auf die volle Verwirklichung der bulgarischen Idee abzielt — würde eine Uebereinstimmung des Fürsten mit den russischen Beamten nur dazu dienen, den Bruch zu erweitern. Die diesbezüglichen Vorstellungen, welche der Fürst in Petersburg gemacht hat, scheinen nicht ganz erfolglos gewesen zu sein, und wird erwartet, daß einige Beamte, welche er als ganz besonders mißliebig bezeichnet hat, abberufen werden sollen, natürlich nur, um durch andere ersetzt zu werden; es fragt sich somit noch immer, ob er durch den Tausch viel gewinne. Russische Beamte sind meist eines Schlags und steht eine Radikalkur nur dann zu erwarten, wenn sämtliche russische Beamte aus Bulgarien entfernt werden.“

— Die Wahlen in England haben bereits gestern begonnen. In elf Wahlkreisen erfolgte die Wahl ohne Opposition; in Liverpool, welches drei Parlamentssitze zu vergeben hat, siegten die bisherigen konservativen Vertreter, der Präsident des Handelsamtes Viscount Sandon und der Advokat E. Whitley, welcher bei der letzten Erbschaft vor einigen Wochen den liberalen Gegenkandidaten Lord Ramfay mit großer Mehrheit schlug. Der Ausfall dieser Ergänzungswahl hat nicht unwesentlich dazu beigetragen, das Ministerium zu ermutigen, schon jetzt den Appell an die Nation zu wagen. Lord Ramfay hatte sich mit Zustimmung Lord Hartington's und anderer Parteistämme bei seinen damaligen Wahlreden, um die Stimmen der irischen Wähler zu gewinnen, in ziemlich unbedingter Weise zu Gunsten irischer Emulere ausgesprochen. Da die Wahl gegen ihn entschied, so hatte er durch Klebungen mit den Homocularen den Konservativen das so effektvolle Lösungswort „Nichtsinteresse“, „Nichtsfeind“, welches in dem Wahlkampfe in allen Variationen gegen die Opposition ertönte, an die Hand gegeben. Lord Ramfay, der im Interesse der Partei bei seiner Wahlagitatio sehr tief in den Sadel hatte greifen müssen, hatte dadurch Anspruch auf die Dankbarkeit seiner Parteigenossen erworben. Er ward an Stelle des einzigen liberalen Vertreters von Liverpool W. Rathbone aufgestellt und gewählt. Im Ganzen sind bei den gestrigen Wahlen zehn Liberale und acht Konservative gewählt worden.

England.

Paris, 30. März. Die Dekrete gegen die

Kongregationen finden auch in republikanischen Kreisen mannigfache Kritiken. Ohne die strikte Gesetzlichkeit derselben zu befechten, lassen doch manche Blätter die Befürchtung laut werden, daß sie in ihrer praktischen Wirkung resultatlos und zugleich nur zur Aufreizung religiöser Leidenschaften dienen könnten; die Radikalen beharren auf dem Standpunkte der Trennung der Kirche vom Staat, die Liberalen betonen, daß das Prinzip der Freiheit ausreichend stark gewesen sei, den Klerikalismus zu bekämpfen. Dem gegenüber mahnen die opportunistischen Organe energisch zur unbedingten Unterstützung der Regierung in ihrem Vorgehen. Die Klerikalen und Monarchisten führen natürlich die heftigste und leidenschaftlichste Sprache offener Feindschaft. Aus ultramontanen Kreisen erfährt ich, daß die Kongregationen sich den Dekreten nicht unterwerfen und ihre Autorisation nicht nachsuchen, vielmehr legalen Widerstand bis zum Aeußersten leisten und abwarten würden, daß die Regierung mit Exekutivgewalt vorgehe. Die Jesuiten haben bereits alle Schritte zur Klage bei den Gerichten wegen Verletzung ihrer Privatinteressen und zu Protesten bei dem Staatsrath wegen Mißbrauchs der Gesetze gegen sie vorbereitet. Die ultramontane Presse bestätigt dies im Allgemeinen, republikanischerseits wird dagegen gemeldet, daß die Kongregationen die Autorisation nachsuchen wollen und daß der Nuntius Msgr. Galet sogar in vorsichtiger Weise die Unterwerfung angerathen habe.

Petersburg, 29. März. Vor mehreren Tagen veröffentlichte das Exekutiv-Komitee der Sozialrevolutionäre einen Aufruf an die Parteigenossen, worin Folgendes gesagt wurde:

„Freunde! Es haben uns in letzter Zeit zwei harte Schläge getroffen (es ist die Aufhebung der Druckerien der „Narodnaja Wolja“ und des „Ischerny Perebel“ gemeint), laßt aber deswegen den Muth nicht sinken. Unsere Partei wird sich nicht nur erhalten, wie sie ist, sie wird unauflöslich zunehmen und stärker werden, wenn ihr Verfahren unverzagt eure Schuldigkeit zu thun. Unsere Zeitungen und überhaupt unsere regelmäßigen Drucksachen werden in kurzer Zeit wieder erscheinen. Es sind die in dieser Hinsicht nöthigen Schritte bereits gethan worden.“

Daß die Aufhebung zweier Druckerien der publizistischen Thätigkeit des Komitees beträchtlichen Abbruch gethan, merkte man erstens daran, daß seit der Aufhebung des „Ischerny Perebel“ keine vollständige Zeitung mehr erschien, und zweitens erkennt man an der Art und Weise, wie die letzte erwähnte Proklamation gedruckt ist, eine bedenkliche Armut an Buchstabenvorrath. Die neueste Proklamation ist gerade so wie die russischen Telegramme abgefaßt, nämlich unter Weglassung der verschiedenen stimmenden Endbuchstaben und unter Vereinfachung der gleichlautenden Vokale. Es war den nihilistischen Führern jedenfalls sehr peinlich, verrathen zu müssen, wie empfindlich sie die Vorgänge in beiden Fällen geschädigt haben. Deshalb kündigten sie an, Zeitungen und Broschüren würden in kurzer Zeit wieder erscheinen und man habe hierzu bereits die nöthigen Schritte gethan. Nun aber ist in der kleinen Meschtschanska (nicht der mittleren) abermals eine Druckerie aufgehoben worden, das heißt eine, die noch nicht einmal bestand, sondern erst eine werden sollte. Die im Koslowschen Hause wohnenden Arbeiter sind nämlich in einer hiesigen Druckerie als einfache Bogenausleger beschäftigt, also als sehr untergeordnete Leute, und einige von ihnen haben aus dem Etablissement eine alte Presse entwendet und mit nach Hause genommen. Vermuthlich hatte ihnen irgend jemand Auftrag erteilt, die Presse gegen eine Belohnung zu stehlen. Der Diebstahl ist nun geglückt, aber die dummen Teufel von Arbeitern schlepten die Presse so ungeschickt ins Haus hinein, daß der Dwornik, den man sonst doch für Schnaps bis ans andere Ende Petersburgs schiden kann, sie sehen mußte und bei der Polizei über den ihm verdächtigen Gegenstand Anzeige machte. Die Verhaftung der Arbeiter erfolgte, ehe der unbekannte Besteller das Ding abholen konnte. Vielleicht gelingt es der Polizei, den Auftraggeber vermittelt der Aussagen der Arbeiter ansindig zu machen und festzunehmen; jedenfalls aber hat man an den verhafteten Bogenauslegern einen nur sehr mittelmäßigen Fang gemacht.

Von Wichtigkeit dagegen ist die augenscheinliche Thatsache nebst den moralischen Folgen, daß

